



Tiere in der Schule

Lernen fürs Leben. In dieser Woche hat für viele Kinder zum ersten Mal die Schule begonnen. Sie sind nicht die Einzigen. Auch Tierkinder gehen in die Schule – in die Lebensschule. Im Zolli müssen etwa die Schneeleoparden die Jagdtechnik erlernen: anpirschen, zum Sprung ansetzen. Junge Löwen haben früh die Regeln zu kapiert, die im Rudel gelten. Und für Giraffen als sogenannte Nestflüchter gilt es, schon nach einer Stunde stehen zu können. Makalo, das Giraffenmännchen im Zolli, ist da schon weiter; es tollt bereits herum. *hei Fotos Zoo Basel*

Regierung beharrt auf Parkplatz-Abbau

In der Wettsteinallee sollen Bäume gepflanzt werden

Von Urs Rist

Basel. Das Projekt hat zu einer Petition mit über 500 Unterschriften «gegen die Aufhebung von über 60 Parkplätzen» geführt. Dennoch legt die Regierung nun dem Grossen Rat einen Ausgabenbericht vor. Darin geht es um die Sanierung eines Abschnitts der Wettsteinallee, die Verbesserung der Verkehrssicherheit und die Pflanzung einer neuen Baumreihe. Die Kosten betragen 1,369 Millionen Franken, davon sind 890 000 Franken gebundene Ausgaben zur Erhaltung der Strasse.

Zwischen der Rheinfelderstrasse und dem Riehenring soll in der Wettsteinallee auf der Nordseite eine Baumreihe gepflanzt werden, wie dies zwischen Wettsteinplatz und Rheinfelderstrasse sowie zwischen Riehenring und Schwarzwaldallee schon geschehen ist. Die Regierung beruft sich auf das Leitbild Strassenbäume von 1993, das in dieser Strasse eine Baumallee vorsieht.

Quartierparkings als Alternative

Bei 4,4 Meter langen Rabatten mit dazwischen angeordneten Parkfeldern können 22 Bäume gepflanzt werden, heisst es im Bericht. Für diese entfallen 18 Parkplätze, weitere zwei Plätze werden «zu Parkfeldern für rund zwanzig Velos umfunktioniert». Im gleichen Abschnitt würden künftig noch rund 42 Parkplätze auf Allmend zur Verfügung stehen, erklärt die Regierung.

Die Aufhebung von 20 Parkplätzen entspreche der «Verpflichtung, die mit der Erstellung eines Quartierparkings auf dem ehemaligen Areal des Kinderspitals verbunden ist», schreibt der Regierungsrat zu der Petition. Diese muss allerdings noch von der Petitionskommission behandelt werden.

Der Bebauungsplan für das Areal Alemannengasse/Burgweg/Schaffhauserrheinweg/Römertgasse verlangt zusätzlich 30 unterirdische Quartierparkplätze. «Die gleiche Anzahl Parkplätze ist auf Allmend aufzuheben.» Bisher seien erst sieben aufgehoben worden, im Quartierparking stünden noch «rund zehn Plätze zur Verfügung», schreibt die Regierung. Dort kostet ein Platz 250 Franken pro Monat, wie vom Vermieter zu erfahren ist.

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass aufgrund verschiedener Projekte wie Roche oder Claraturm «eine spürbar steigende Nachfrage nach Parkplätzen im Wettsteinquartier erwartet werden müsse. Deshalb habe er den Auftrag erteilt, im Rahmen der Neugestaltung die Erstellung eines Quartierparkings unter dem Landhof zu prüfen.

Die Bäume in der Wettsteinallee sollen auch der Verkehrssicherheit dienen, indem die Fahrbahnbreite von neun auf 5,3 Meter reduziert wird. Denn rund ein Viertel der Motorfahrzeuglenker überschreite laut Messungen die geltende Tempolimit von 30 Kilometern pro Stunde. Die Wettsteinallee werde vom motorisierten Verkehr auch als Verbindungsstrasse von und nach Riehen benützt.

Die Baumpflanzungen kosten 194 000 Franken, die Ausgaben für Aufwertung und Umgestaltung weitere 290 000 Franken. Die Gesamtkredithöhe von weniger als 1,5 Millionen Franken erlaubt kein Referendum.

Die LDP als Urheberin der Petition stellt sich gegen das Vorhaben, «weil im Wettsteinquartier bereits heute zu wenig Parkplätze für Anwohner vorhanden sind». Zusätzliche Bäume befürworte auch die LDP, aber in anderen Quartieren sei dies dringender.

Darum werden die Prämien für Krankenkassen teurer

Regierungsrat besteht auf höchstens zwei Prozent Aufschlag

Von Franziska Laur

Basel. Niemand zahlt gerne Krankenkassenprämien – trotzdem wollen sich alle ihre Gesundheit etwas kosten lassen. Krankenkassen kündigen denn auch an, dass auf das Jahr 2016 eine Prämienhöhung von durchschnittlich drei bis vier Prozent zu erwarten sei. Allerdings sei in Kantonen wie Basel-Stadt, wo es viele Spezialärzte gebe, mit höherem Wachstum zu rechnen.

Dagegen will sich Basel jedoch wehren, denn schon jetzt ächzen die Versicherten mit einer Durchschnittsprämie von 533 Franken pro Monat unter den Kosten. Es ist die höchste in der ganzen Schweiz. «Wir hatten im Jahr 2014 im Gesundheitswesen keine grossen Kostensprünge. Daher können wir eine erneute Erhöhung nicht nachvollziehen», sagte Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger vor den Medien.

Gestern stellte er gemeinsam mit Peter Indra, Leiter Gesundheitsversorgung, den ersten Bericht über die Kostenentwicklung im Basler Gesundheitswesen vor. Dieser zeigt diejenigen Finanzströme auf, die einen direkten Einfluss auf die Prämien im Kanton Basel-Stadt haben. Insgesamt sind im Jahr 2014 die Kosten um 1,2 Prozent gestiegen. So wurden aus der obligatorischen Krankenpflegeversicherung Leistungen in der Höhe von 839 Millionen Franken erbracht. Dabei schlägt der stationäre Spitalaufenthalt mit Kosten von fast 224 Millionen Franken am meisten zu Buche. Daran beteiligt sich der Kanton mit 55 Prozent.

Mit 24 Prozent der Gesamtkosten, beziehungsweise 198 Millionen Franken, schlagen die ambulanten Arztbe-

suche zu Buche. Im Schnitt hat also jeder Versicherte für über 1000 Franken Leistungen in einer Arztpraxis bezogen.

Der Rest der Gesamtkosten von rund 839 Millionen Franken verteilt sich auf ambulante Spitalkosten, Apotheken, Pflegeheime, Spitex, Physiotherapie, Laboratorien und Übrige. Die Apothekenkosten fallen mit 131 Millionen Franken ins Gewicht. Diese nahmen jedoch im Vergleich zum Vorjahr um über drei Prozent ab. Hier dürften sich die leicht geringeren Medikamentenpreise ausgewirkt haben. Allerdings stehen neue und teure Präparate vor der Einführung.

Auffällig ist die Zunahme der ambulanten Spitalkosten um 4,2 Prozent von rund 144 auf 150 Millionen Franken. Dies könnte damit zu tun haben, dass die Spitäler pro Fall und nicht mehr pro Spitalnacht bezahlt werden und daher auch nicht mehr daran interessiert sind, die Patienten so lange wie möglich zu behalten. Bei Bedarf müssen diese sich jedoch dann ambulant weiter behandeln lassen.

Streit um den Taxpunktwert

Wie Engelberger ausführte, sei der Taxpunktwert, gemäss dem die Leistungserbringer abrechnen dürfen, noch nicht besiegelt. Momentan liege er bei 91 Rappen. Allerdings seien beim Bundesgericht Beschwerden von verschiedenen Gesundheitsanbietern hängig, welche versuchen, einen Taxpunktwert von 1,16 Franken durchzusetzen. Dies würde die Kosten wieder entscheidend erhöhen.

Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger freute sich in seiner Bilanz über

das im Jahr 2014 deutlich gebremste Kostenwachstum. Dennoch geht er davon aus, dass die Kosten für die Krankenkassenprämien steigen. Der Anstieg der Gesundheitskosten und damit der Prämien sei leider ein gesamtschweizerisches Phänomen, sagte er. Einerseits würden die Menschen immer älter und bräuchten im Alter mehr Pflege. Andererseits sei der Fortschritt in der Medizin nicht aufzuhalten. «Wir alle wählen die sicherere und teurere Variante, wenn es um unsere Gesundheit geht.» Diese Anspruchshaltung werde sich wohl auch nicht so schnell ändern. Doch welche Leistungen man tatsächlich brauche und welche nicht, sei sicher eine Frage, die man künftig intensiver diskutieren dürfte.

Einfluss der Regierung ist gering

Bei der Preissteigerung hat auch die hochspezialisierte Medizin eine kosten-treibende Rolle gespielt. Dabei geht es nicht immer nur um den Nutzen für die Bevölkerung, sondern oft haben die Spitäler auch den Prestigewettbewerb zwischen den Kantonen im Auge. Gerade mit der regionalen Spitalplanung zwischen Baselland und Basel-Stadt wolle man auch da Einfluss nehmen, sagte Engelberger.

Nun will er im Herbst auf einer Erhöhung der Krankenkassenprämien von höchstens zwei Prozent bestehen. Sein Einfluss dürfte jedoch gering sein. Ihm bleibt lediglich, beim Bundesamt für Gesundheit Beschwerde einzureichen, wenn dieses Ende September die Prämienhöhen bekannt gibt. Allerdings hat dies beim massiven Prämiensprung im vergangenen Jahr von 512 auf 533 Franken pro Monat nichts genützt.

«Grösster Kostentreiber ist die Anspruchshaltung»

Krankenversicherungsexperte Felix Schneuwly fordert mehr Transparenz im Gesundheitswesen

Von Franziska Laur

BaZ: Herr Schneuwly, die Krankenkassen prognostizieren eine Kostensteigerung bei den Prämien von durchschnittlich vier Prozent. Basel will maximal 1,5 bis zwei Prozent. Ist das realistisch?



Felix Schneuwly: Da stecken viel Zweckoptimismus und ein Denkfehler dahinter. Zweckoptimismus, weil die Basler schweizweit am meisten Medizin konsumieren und Preise sowie Tarife im Vergleich mit anderen Kantonen relativ hoch sind. Da die Kosten in Basel fast doppelt so hoch sind wie im Kanton Appenzell Innerrhoden, sind zwei Prozent mehr in Franken auch fast doppelt so viel.

Wo liegt das Problem der steten Prämien-erhöhungen? Von den Kosten sind rund 95 Prozent medizinische Kosten, fünf Prozent sind Verwaltungskosten der Kassen. Gewinne dürfen die Kassen mit der Grundversicherung keine machen. Ertragsüberschüsse gehen in die Reserven, um allfällige Defizite zu decken. Wenn sich der Basler Gesundheitsdirektor darüber ärgert, dass die Prämien einmal etwas zu hoch und ein anderes Mal zu tief berechnet werden, ist das ein Nebenschauplatz, der vom Kernproblem der stetig steigenden Kosten ablenkt. Und ausserdem kann sich jeder Bürger, ob alt oder jung, gesund oder stark, selber gegen zu hohe Prämien schützen, indem er das Grundversicherungsmodell und/oder die Kasse wechselt.

Und was ist das Kernproblem? Der grösste Kostentreiber ist unsere Anspruchshaltung, immer und sofort untersucht und behandelt zu werden. Der zweite Kostentreiber ist der fehlende Wettbewerb unter den Ärzten und Spitalern beziehungsweise der Spitalprotektionismus der Kantone. Und dass die Pharmaindustrie in Bern beste Interessenvertretung betreibt

und für neue Medikamente unver-schämt hohe Preise bekommt, will wohl in Basel niemand hören. Wirklich schlimm ist aber, dass wir in der Schweiz stets behaupten, wir hätten ein super Gesundheitssystem, obwohl die Qualität der medizinischen Leistungen alles andere als transparent ist. Wir wissen also gar nicht, was wir genau für das viele Geld bekommen.

Liegt ein Kostentreiber auch bei der hochspezialisierten Medizin (HSM)?

Diese ist ein gutes Beispiel für die Unfähigkeit der Politik, die Versorgung zu planen. Man sollte die HSM ganz einfach aus dem Krankenversicherungsgesetz streichen, denn dieses verlangt wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche medizinische Leistungen. Ob das eine Herztransplantation oder eine Blinddarmoperation ist, spielt doch keine Rolle. Natürlich können wir uns zu viele Zentren für hochspezialisierte Medizin leisten. Probleme werden wir früher oder später mit der Qualität bekommen, weil die Spitzenfachkräfte bei zu tiefen Fallzahlen ins Ausland abwandern werden.

«Die hochspezialisierte Medizin ist ein gutes Beispiel für Unfähigkeit, Versorgung zu planen.»

Wo sehen Sie in Basel Sparpotenzial?

Sparen muss nicht die Politik, sondern müssen die Versicherten. Dies, indem sie sich für Grundversicherungsmodelle mit integrierter Versorgung entscheiden. Die Kassen müssen diese Produkte zusammen mit den Ärzten, Spitalern und Apothekern ausbauen, damit sich Effizienz und Qualität auf dem Markt durchsetzen. Die Politik sollte sich möglichst zurückhalten und nicht hyperventilieren, wenn ein Spital schliessen muss, weil die Patienten in bessere Spitäler gehen.

Was halten Sie von den Zusammen-arbeitsplänen zwischen beiden Basel?

Ich erachte es nicht als Aufgabe der Politik, zu planen oder zu schliessen. Das soll der Markt entscheiden. Voraussetzung ist transparente Qualität. Nur so können die Patienten das beste Spital frei wählen.

Nimmt Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger die Interessen des Spitals wichtiger als die eigenen Finanzen?

Er ist in der Zwickmühle, weil wir Bürger den Fünfer und das Weggli wollen. Wir wollen alles, wenn wir krank sind, koste es, was es wolle, und gleich um die Ecke. Und wenn wir gesund sind, ist jeder Prämien-Franken einer zu viel. Wenn der Gesundheitsdirektor seinen Bürgern diese Wahrheit derart ungeschminkt kommuniziert, wird er nicht mehr gewählt.

Welchen Rat würden Sie ihm geben?

Ich empfehle ihm, den privaten und öffentlichen Spitalern in seinem Kanton, aber auch den Ärzten und anderen Leistungserbringern möglichst viel unternehmerische Freiheit zu gewähren und sich darauf zu konzentrieren, dass der Wettbewerb nicht den Partikularinteressen einzelner Akteure, sondern dem Gemeinwohl dient. Wenn ich mir noch einen Rat-schlag erlauben darf, dann diesen: Er sollte darauf achten, dass Arztpraxen und Spitäler mindestens so gut kontrolliert werden wie Restaurantküchen, damit niemand mehr sterben muss, weil elementare Hygienevorschriften nicht eingehalten werden. Für transparente Qualität werden wir bei Comparis nun Schritt für Schritt sorgen. Wir haben eben den Spitalvergleich lanciert und mit den Geburten begonnen.

Felix Schneuwly

Der 54-jährige lic. phil. Executive MBA ist seit 2012 Krankenversicherungsexperte beim Internetvergleichsdienst Comparis. Zuvor hat er für Verbände im Sozial- und Gesundheitswesen gearbeitet, zuletzt als Leiter Politik und Kommunikation beim Krankenversicherungsverband Santésuisse.